

## **Unselbständiger Entschließungsantrag**

### **§ 55 GOG-NR**

des Abgeordneten Reinhold Lopatka, Martin Graf  
Kolleginnen und Kollegen

#### **betreffend die aktuelle politische Situation in Venezuela**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 9 zum Bericht des Außenpolitischen Ausschusses 525 d.B. zum Antrag 432/A(E)

#### **Begründung:**

Seit seiner Amtsübernahme 2013 hat Präsident Maduro die venezolanische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stetig ausgehöhlt, was 2017 in der Entmachtung der, von der Opposition kontrollierten, Nationalversammlung durch die neu geschaffene verfassungsgebende Versammlung gipfelte. Am 20. Mai 2018 fanden in Venezuela Präsidentschaftswahlen statt, aus denen Nicolas Maduro als Sieger hervorging. Die Europäische Union und weite Teile der internationalen Gemeinschaft erkannten diese Wahlen nicht als fair und frei an, da internationale Mindeststandards für einen glaubhaften Prozess nicht erfüllt und politischer Pluralismus, Demokratie, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert wurden. In Folge blieben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, darunter auch Österreich, der Angelobung von Nicolas Maduro zu seiner zweiten Amtszeit am 10.01.2019 in Caracas fern.

Am 23. Jänner 2019 schließlich wurde der rechtmäßig und demokratisch gewählte Parlamentspräsident, Juan Guaidó, unter Berufung auf die venezolanische Verfassung zum Interimspräsidenten Venezuelas erklärt. Die Mehrheit lateinamerikanischer Staaten, die USA und Kanada haben Juan Guaidó als Präsidenten anerkannt. Ein beträchtlicher Teil der EU-Mitgliedstaaten, wie auch Österreich, erachten und unterstützen Juan Guaidó als Übergangspräsidenten, damit dieser freie, faire und demokratische Präsidentschaftswahlen ausrufen kann.

An Massenprotesten, die sich gegen Präsident Maduro richteten, beteiligten sich laut Schätzungen mehr als 100 000 Menschen, es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Berichten zufolge sollen auch mehrere Hundert Demonstranten festgenommen worden sein. Weitere Proteste und ein scharfes Vorgehen gegen die Sympathisanten mit Interimspräsident Guaidó wird erwartet.

Unterdessen befindet sich Venezuela am Rande des wirtschaftlichen Kollapses mit verheerenden Auswirkungen für die Bevölkerung. Auch nach der diesjährigen Anhebung des Mindestlohns um 300% entspricht dieser einem Gegenwert von circa 6 US Dollar auf dem Schwarzmarkt. Viele Menschen können sich nur mehr eine Mahlzeit täglich leisten und leiden unter akuter Lebensmittel- und Medikamentenknappheit. Der Internationale Währungsfonds rechnet mit einer weiteren Steigerung der Inflationsrate bis 10 Mio.% bis Jahresende. Die verheerenden Lebensbedingungen in Venezuela haben eine der größten Fluchtbewegungen in Lateinamerika hervorgerufen. Schätzungen zu Folge befinden sich heute bereits 3 Millionen Venezolaner auf der Flucht. Die Zahl der Flüchtlinge könnte sich laut VN-Experten bis Jahresende sogar auf 5,3 Millionen Menschen steigern.

Die unterfertigten Abgeordneten sprechen vor diesem Hintergrund dem venezolanischen Volk ihre volle Solidarität aus und verurteilen die willkürliche Gewalt seitens der Behörden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen zudem folgenden Antrag

„Die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres wird ersucht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu einer friedlichen, demokratischen Lösung in Venezuela beizutragen, indem die Forderung nach der Abhaltung von freien, transparenten und glaubwürdigen Präsidentschaftswahlen nach internationalen demokratischen Standards und gemäß der venezolanischen Verfassung nachdrücklich auf internationaler Ebene zum Ausdruck gebracht wird.

Zudem wird die zuständige Bundesministerin ersucht, sich weiterhin in internationalen Gremien, insbesondere in den Gremien der Vereinten Nationen, für die Rückkehr Venezuelas zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen und die Ergreifung adäquater Maßnahmen auf diesem Weg zu unterstützen und vor allem auch weiterhin jene Kräfte zu unterstützen, die demokratisch legitimiert sind.

Ferner wird die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres weiterhin ersucht, in Abstimmung mit den zuständigen Gremien der EU und den europäischen Partnern zu einer Verbesserung der humanitären Lage der Bevölkerung beizutragen und diesbezüglich alle Aktivitäten zu unterstützen, welche die Verursacher dieser menschlichen Katastrophe in die rechtliche Verantwortung nehmen.“



www.parlament.gv.at

